

Jahresbericht 2019 der Nationalen Plattform zu den Sans-Papiers

Intern

Auf struktureller Ebene hat die Plattform ihren 2018 eingeleiteten organisatorischen Wandel mit einer neuen Charta und den beiden Gremien – Kerngruppe (mit einer stärkeren strategischen Rolle) und Plattform Sitzungen – fortgesetzt. Es wurden einige Gespräche mit Organisationen geführt, die offene Fragen zur neuen Struktur hatten. Im Jahr 2019 wurde die Charta endgültig verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Bei den Sitzungen der Kerngruppe ist der Informationsaustausch über die verschiedenen Herausforderungen in der Praxis immer ein wichtiger Punkt. In diesem Jahr wurde besonderer Nachdruck auf die Praxis bei Härtefällen gelegt.

Lobbying und politische Arbeit

Das Jahr 2019 stand im Zeichen des Frauenstreiks vom 14. Juni und des feministischen Jahrs. Es wurden Diskussionen darüber geführt, wie die Plattform ihre spezifischen Forderungen in Bezug auf Sans-Papiers-Frauen, die stark in der Pflege- und Betreuungsarbeit tätig sind, einbringen könnte. Viele Mitglieder der Plattform nahmen an den Mobilisierungen für den 14. Juni teil und brachten die Stimme von Frauen ohne Aufenthaltsrecht in den öffentlichen Raum. Obwohl die Plattform bisher weder öffentlich noch politisch etwas vorgelegt oder gefordert hat, unterstützte sie den Appell von Terre des femmes. Dieser forderte, dass in die Schweiz eingereiste Migrantinnen Zugang zu spezialisierter Versorgung erhalten, wenn sie auf ihrer Flucht oder in ihrem Herkunftsland Gewalt erlitten haben. Der Bund und die Kantone verstossen gegen mehrere internationale Abkommen, indem sie Migrantinnen von dieser Betreuung ausschliessen.

Wie jedes Jahr traf sich die Plattform im August mit Frau Cornelia Lüthy, stellvertretende Direktorin des Staatssekretariats für Migration (SEM) und verantwortlich für den Bereich Migration und Integration. In diesem Jahr hat das Justiz- und Polizeidepartement einen Wechsel an der Spitze erlebt. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat ihre Position an Bundesrätin Karin Keller Sutter übergeben. Wir waren gespannt, wie sich dieser Wechsel auf Migrationsfragen innerhalb des Departements auswirken würde. Das Treffen mit Frau Lüthy war vielversprechend und zeigte mögliche Handlungsräume auf, um für gewisse Sans-Papiers Lösungen zu finden.

Was das vom Kanton Genf durchgeführte Pilotprojekt Operation Papyrus betrifft, so hat der Bund noch keine offizielle Position zur Ausdehnung dieser Praxis auf andere Kantone bezogen. Die Position des Bundes wird im Rahmen der Antwort auf das Postulat 18.3381 (mit dem Titel "Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers) erwartet. Allerdings versuchen verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen in mehreren Kantonen ähnliche Projekte auf den Weg zu bringen. Einige Härtefallgesuche, die kürzlich von Organisationen in anderen Kantonen eingereicht wurden, wurden zudem anhand der Papyrus-Kriterien beurteilt.

Im November beteiligte sich die Plattform massgeblich an dem vom SEM organisierten Runden Tisch, der sich mit dem oben erwähnten Postulat befasste. Mehrere Vertreter*innen der Bundesverwaltung sowie Vertreter*innen der Anlaufstellen und verschiedener Verbänden waren eingeladen. Es fand ein reger Austausch über die im Postulat angesprochenen Themen statt: Zugang zur Sozial- und Krankenversicherung, Zugang zu Bildung, Zugang zur Justiz, zum Arbeitsmarkt, zu Sozialleistungen sowie zu den verschiedenen möglichen Regularisierungsmodalitäten (erweiterte gängige Praxis, Kontingente, Amnestie, Sanktionen usw.). Ergebnisse werden in der ersten Hälfte des Jahres 2020 erwartet.

Schliesslich war das Jahr 2019 geprägt von Gerichtsfällen gegen Einzelpersonen, welche wegen Delikten der Solidarität nach Artikel 116 des Ausländer- und Integrationsgesetzes angeklagt waren. Artikel 116 verbietet die Unterstützung und Aufnahme von Personen ohne Rechtsstatus oder im Ausweisungsverfahren. Wir brachten unsere Unterstützung für die betroffenen Menschen zum Ausdruck und unterstützten die parlamentarische Initiative, die eine Entkriminalisierung der Solidarität fordert (leider im Parlament abgelehnt).

Wir danken allen, die sich im Laufe des Jahres 2019 auf die eine oder andere Weise für die Rechte von Sans-Papiers in der Schweiz eingesetzt haben.